

Die Regeneration in der welschen Schweiz

Autor(en): **Graber, Paul**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **9 (1929-1930)**

Heft 12

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-330272>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Regeneration in der welschen Schweiz

Von Paul Graber.

Geschichte ist vergleichbar der Ebbe und Flut, welche auf dem Strande der Zivilisation eine Sandschicht zurücklassen, langsam aber sicher sich verdichtend und verfeinernd und auf diese Weise die Summe menschlichen Fortschrittes aufzeichnend.

Nach den Jahren der Gewalt und der militärischen Ereignisse, welche in den Zeiten der Revolution und Napoleons die Karte Europas und vor allem die alten feudalen Einrichtungen ebenso wie die Vorrechte der Aristokratie über den Haufen warfen, bildet die Restauration seit Waterloo einen Rückschlag.

Die Demokratie lag schlecht gebettet. Sie war ungenügend in den Herzen des Volkes eingepflanzt und die Industrie hatte noch nicht jene Ausdehnung erfahren, welche der Demokratie eine bessere Lage gewährleisten sollte.

Aber in dem durch den Krieg verwüsteten Europa entwickelte sich der Industrialismus rapid, und der feudale Widersinn erschien um so brutaler. Das Kleinbürgertum aber, die Kleinindustrie, selbst das Handwerk, die Fühlung bekommen hatten mit der Maschine und den neuen führenden Kräften, vertrugen sich schlecht mit den konservativen Praktiken der Aristokratie. Die Warenerzeugung wurde zu einem sozialen Faktor erster Klasse, und der Arbeitende stieg mit ihr im Wert. Aristokratie und Vorrechte des Namens und Ortes erschienen als Fesseln.

Der demokratische Vorstoß setzte daher ohne all zu große Verzögerung wieder ein. Kaum war die Restauration um 1815 erfolgt, als auch schon eine volkstümliche Reaktion eintrat. Diese erlebte ihren Höhepunkt um 1848. Aber schon 20 Jahre früher machte sie sich bemerkbar.

In Genf: Die Vereinigung Genfs mit der Schweiz erfolgte am 19. Mai 1815. Natürlich hatte die Geschichte dieses 22. Kantons ganz lokalen Charakter.

Genf, an einer internationalen Verkehrslinie gelegen, war dazu berufen, einer der ersten Handelsplätze des Landes zu werden. Diese Lage und der Kontakt mit den Strömungen anderer Länder sorgte für die Auffrischung der Ideen.

Andererseits war Genf die Erbin Calvins nach zwei Seiten hin, der Wissenschaft und zugleich des politischen Konservatismus.

Ami Lullin, der Chef der Aristokratenpartei, verkörperte diesen Geist. Er starb als Bürgermeister im Augenblick der Einführung der Restauration. Sein Nachfolger, Joseph des Arts, Rechtsanwalt von Beruf, hatte in jungen Jahren der bürgerlichen Partei angehört, diese jedoch mit der Partei der Aristokraten vertauscht, was ihn an die oberste Stelle der Stadt brachte. Er

war die Seele der Restauration unter Beistand der Alliierten. Diese verdamnten alles, was an Revolution erinnerte und im besondern die Souveränität des Volkes, welche die gekrönten Häupter in den Schatten stellte. Man schuf ein Repräsentantenhaus, aber der Wahlzensus erlaubte weder dem Volk noch der Opposition, darin eine Rolle zu spielen.

Immerhin schmiedete von da an die Regeneration ihre Waffen. Man begegnete in Genf Verlaufenen der Pariser Revolution. Emile Dumont hatte der Gruppe um Mirabeau angehört und zu dessen großer Aktivität beigetragen. An seiner Seite fand man den Rechtsgelehrten Bellot, den Industriellen Marc-Antoine Fazy, welche die Schöpfer der liberalen Bewegung wurden.

Die Wahl Jean Jacques Rigauds zum Bürgermeister um 1825 darf nach verschiedenen Seiten hin als Anfang der Regeneration in Genf betrachtet werden. Man unterdrückte den Wahlzensus, führte das direkte Stimmrecht für das Repräsentantenhaus ein und befahl die Trennung der Gewalten als Probierstein des Liberalismus. Das tat der Bewegung, welche eine gesetzgebende Behörde verlangte, nicht Abbruch. Die konfessionellen Kämpfe, welche in der Schweiz solche Schärfe angenommen hatten, ermunterten die Radikalen, am 22. November 1841 eine revolutionäre Bewegung auszulösen.

Eine gesetzgebende Behörde wurde zusammenberufen. Sie führte das allgemeine Stimmrecht ein, das Petitionsrecht und schuf einen Großen Rat, dem das Recht auf Initiative zustand.

Dieser Große Rat wurde eher gemäßigt. Das Volk besaß noch nicht das Bewußtsein seiner Rechte und unterlag dem Einfluß der Aristokratie, der hohen Magistraten und der Kirche.

So hielt der Große Rat an der um 1814 geschaffenen Kammer fest, welche die Befugnisse der Räte und Beamten beeinträchtigte. Das bedeutete weitere Unzufriedenheit. Eine Zänkerei brach im Februar 1843 zwischen Radikalen und «Embrigadés» aus. Man läutete Sturm, schlug den Generalmarsch, man errichtete Barrikaden, es gab Gewehrfeuer und Tote.

Trotz einer weitreichenden Amnestie mottete das Feuer unter der Asche. Zum Ausbruch brachten es die schweizerischen Ereignisse, welche vom «Konkordat der 7» von Zürich zur Einrichtung des Sonderbundes führten.

Die Genfer Regierung war nicht so fortschrittlich, daß ihre kantonalen Vertreter anläßlich der Tagsatzung sich geweigert hätten, für die Auflösung des Sonderbundes zu stimmen.

Diese Haltung rief den Zorn der Liberalen hervor, welche öffentliche Versammlungen einberiefen, deren Seele James Fazy war. Dieser war seinerzeit in die französische Politik verwickelt gewesen und hatte in Paris in den Tagen von 1830 eine Rolle gespielt. Er war wirklich unter denjenigen, welche sich am 27. Juli im Stadthaus niederließen. Später hatte er sich journa-

listisch betätigt und fortschrittliche Ideen verbreitet. Nach Genf zurückgekehrt, wurde er dort die Seele der radikalen Bewegung und ergriff Partei für die Verfassungskommission.

Angesichts der öffentlichen Versammlungen vom 4. und 5. Oktober 1846 bietet der Staatsrat Truppen auf. Die Vereinigung von Saint-Gervais entschließt sich ihrerseits, zu den Waffen zu greifen. Die Regierung beschließt Verhaftung der Führer der Opposition, hauptsächlich James Fazys. Barrikaden werden errichtet, der Kampf wird ernst, Blut fließt, die Regierungstruppen werden geschlagen, und die Regierung demissioniert am 8. Oktober.

Eine radikale Regierung wird eingesetzt mit James Fazy an der Spitze. Das bedeutete das Ende der aristokratischen Herrschaft und den Höhepunkt der Evolution, welche in Genf die Sicherheit der demokratischen Rechte gewährleisten sollte.

Kanton Waadt: Das Wahlsystem war so mangelhaft, daß es zu einer herrschenden Klasse geführt hatte, die unter dem Namen der «kompakten Majorität» der Sitz der Regierung war. Sie verfügte über die Macht und die Stellen. Auf diese Weise umfaßte der Große Rat außer dem eigentlichen Staatsrat das Appellationsgericht, 53 Bezirksrichter und 51 Funktionäre, ungerechnet die 16 Gemeinderäte. Es waren also nur 30 Abgeordnete, welche nicht zugleich öffentliche Beamte waren. Das bedeutet, daß die alte Aristokratie und die Großgrundbesitzer Meister und Herren des Landes waren.

Seit 1826 wurde eine Aenderung verlangt. Die Bauern und Handwerker sind unzufrieden. F. C. de La Harpe, ganz durchdrungen von den Ideen der Revolution, verlangt um 1826, dann 1828 eine Aenderung. Er stößt auf die Unnachgiebigkeit der «kompakten Majorität». 1829 verlangt eine Petition mit 4197 Unterschriften von Bürgern — ein Fünftel der Wähler — eine Revision. Der Große Rat weist sie zurück, aber 1830 legt der Staatsrat ein Projekt mit einigen magern Zugeständnissen vor. Das Stimmrecht nach Grundbesitz war bescheiden herabgesetzt. Niedergeschlagenheit und Zorn waren im Land. Die Julitage Frankreichs waren Wind ins Feuer. Eine neue Petition wird lanciert und 6000 Bürger fordern eine gesetzgebende Behörde. Am 17. Dezember versammelt sich der Große Rat. Ungeduld und Mißtrauen waren so groß, daß Volkshaufen den Schloßplatz stürmen. Es war der klassische Vorwand aller konservativen Regierungen und Parlamente, nicht unter dem Druck der Öffentlichkeit beratschlagen zu wollen. Die Sitzung wurde also aufgehoben. Die Unzufriedenheit wuchs, und am 18. Dezember erobert die Volksmenge unter Glockenklang, mitgerissen von Tambouren nicht nur den Platz, sondern sogar noch den Saal des Großen Rates. Die Führer Monnard, Porchat, Begoz hielten Ansprachen an die Menge. Diese zog sich endlich nach Montbenon

zurück, um den Großen Rat tagen zu lassen, welcher nun endlich nachgab. Der Verfassungsentwurf garantiert die Oberherrschaft des Volkes, Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, Petitionsrecht, Pressefreiheit, allgemeines Wahlrecht und die Gewaltentrennung.

Kanton Wallis: In diesem Kanton war die Geschichte immer bewegt und heftig. Sie wurde durch den Gegensatz der Sprachen noch komplizierter, ebenso durch die Mannigfaltigkeit der Täler, die kirchlichen Kämpfe, die Fortdauer der Vorrechte einzelner Regionen und den Einfluß der alten Aristokratie.

Die ungerechte Vertretung der Bezirke verursachte Unzufriedenheit in Siders und hauptsächlich in Martigny.

Ein neues Gesetz um 1826, welches darauf keine Rücksicht nahm, erregte die Gemüter, und eine Petition verlangte die Abschaffung des Gesetzes. Vergeblich. Eine heftige Bewegung war die Folge. Im Namen der Religion, der Ordnung und der Freiheit wurden in Martigny Freiheitsbäume aufgerichtet. Einige Orte des Unterwallis folgten diesem Beispiel. Die Regierung verlangte Entfernung der Bäume. Da Martigny sich weigert, rückt ein Bataillon mit zwei Kanonen an. Durch Vermittlung des Vororts wird der Baum entfernt. Die Tagsatzung änderte darauf einige Artikel des Gesetzes.

Ein neuer Konflikt bricht anläßlich des Projektes Rossi aus. Unter dem Einfluß der Priester weigerte sich die kantonale Regierung, davon Kenntnis zu nehmen. Das bedeutete das Signal zu einer aufständischen Bewegung im Unterwallis. Die Behörden und Magistraten einiger Gemeinden begaben sich in geschlossenem Zug nach Martigny, aber die Bewohner Martigny-Combes, aufgereizt durch Schnaps, den sie von der Priesterschaft erhielten, zerstreuten den Zug mit Stockhieben.

Das war die Zeit der Entstehung des schweizerischen Freisinns und der Freiheitsbewegung, von Mazzini ausgehend. Er schuf die «Junge Schweiz». Durchdrungen von diesem Gedanken und in dessen Namen verlangten einige Walliser eine gerechte Vertretung der Bezirke. Das Unterwallis mit seinen 30,000 Einwohnern besaß nur 12 Abgeordnete, während das Oberwallis mit 18,000 Einwohnern deren 20 besaß.

Nachdem die Vermittlung des Vororts gescheitert war, wurden zwei Regierungen eingesetzt, eine in Siders, die andere in Sitten. Die eidgenössische Tagsatzung sucht zu vermitteln, aber die Truppen der benachbarten Kantone werden von den Regierungen nicht aufgeboten.

Der Bürgerkrieg war da.

In Sitten marschieren 5000 Unterwalliser ein unter Anführung Barmans und Kalbermattens. Die Truppen des Oberwallis unter de Courtens und Traffiners werden in Bramois geschlagen.

Darauf folgte eine gewisse Beruhigung und die Schaffung einer Verfassung am 3. August 1829.

Aber die unzufriedenen Priester wachten. Ein Entwurf für ein Primarschulgesetz diente ihnen zum Vorwand, die Gemüter zu erregen. Mittels des Referendums kam der Entwurf zu Fall.

Ein Entwurf über die Immunität der Priester erregt ihrerseits die Freisinnigen, während die Jesuiten die Bergbewohner des Oberwallis aufwiegeln. Die Anhänger der «jungschweizerischen Bewegung» werden vom Bischof aus der Kirche ausgestoßen.

Neue Gewalttätigkeiten setzen ein. Der Notar Sallen, ein Liberaler, wird erdolcht und in die Rhone geworfen.

Der Vorort sucht zu vermitteln, aber wiederum weigern sich Bern und die Waadt, Truppen aufzubieten. Sitten wird durch den Oberwalliser Landsturm besetzt. Die Freisinnigen ziehen sich zurück und zerstreuen sich in Unordnung. Da wurde ein Teil derselben bei der Brücke von Trient durch Konservative von Salvan und des Illiez-Tals überfallen, und ein Massaker hebt an. 22 Liberale fallen, von den Kugeln der Bergler getroffen, welche die Verwundeten mit Kolbenhieben und Bajonettstichen erledigen.

Das Unterwallis wird besetzt, die «Junge Schweiz» aufgelöst, die Regierung setzt den Eintritt in den Sonderbund durch.

Wir sehen, was für ein unseliges Schicksal der Regeneration dank der Priester in diesem Lande beschieden war. Immerhin bestand von diesem Zeitpunkt an eine größere politische Gerechtigkeit. Doch blieben die Konservativen unbestrittene Meister, und der Radikalismus zog sich nach ein oder zwei Orten zurück.

In Freiburg: Die Regenerationsbewegung setzt hier sehr früh ein. Als der Pater Girard nicht zum Bischof gewählt wurde, gab es Unzufriedenheit. Das war um 1815. Als 1818 der Große Rat die Jesuiten zurückrief und ihnen das Collège St. Michel überließ, protestierten die Freisinnigen. Die dreist gewordenen Klerikalen unterdrücken die besondere Unterrichtsmethode des Paters Girard, um mehr Zeit für die Lehren des Katechismus zu gewinnen. Klerus und Aristokratie freundenet sich noch mehr an.

1830, anlässlich der Ereignisse in Frankreich, begannen sich die Radikalen zu rühren. Geschickt erfolgten von seiten der Regierung einige Zugeständnisse, und das Studium einer Verfassungsrevision wird zugebilligt.

In Bulle und Murten erfolgt eine Petition gegen die Jesuiten, zugunsten der Gewaltentrennung und der bürgerlichen Gleichberechtigung. Der Große Rat versammelte sich. Die Aufregung ist so groß, daß ein Haufen Unzufriedener von Murten oder Greyerz mit Stöcken bewaffnet gegen das Rathaus marschiert, welches durch Truppen verteidigt wird. Die Unzufriedenen wurden angeführt durch François Duc, einen Revolutionär von 1798, der durch die Patrizier ins Gefängnis geworfen und verbannt

worden war. Es heißt, daß ohne die schleunige Vermittlung des Schultheißen von Dießbach die Dinge eine schlimme Wendung genommen hätten, da ein Offizier bereits den Befehl zum Schießen empfangen hatte.

Der Große Rat schlägt eine neue Verfassung mit liberaler Mehrheit vor, die man auch im neu gewählten Großen Rat findet.

Die neue Regierung führte die antiklerikalen Kämpfe weiter, verwies 1831 den Jesuiten Ferrand des Landes und verfolgte die jesuitische Zeitung «Le Véridique» wegen eines Artikels, der dem katholischen Pfarrer von Neuenburg zugeschrieben wurde. Zufolge des enormen heimlichen Einflusses der Kirche verloren die Freisinnigen nach und nach an Boden. Sogar gemäßigte Liberale erlagen dem kirchlichen Einfluß und unterstützten schließlich den rechten Flügel.

Die Priester wiegelten hauptsächlich die Landbevölkerung auf unter dem Vorwand, daß die Religion in Gefahr sei. Der Bischof selber versuchte alles, um die religiöse Erregung auszubreiten. Er bekämpfte das Schulgesetz von 1834.

Die Regierung verfolgte von da an anläßlich der Tagsatzung eine zögernde politische Haltung. Sie wollte z. B. gegenüber den Badener Artikel von 1834 neutral bleiben. Das erregte wiederum den Klerus.

Die schweizerischen Ereignisse spitzten den Konflikt zu, nachdem die Katholiken nach den Klostersaufhebungen Verteidigungsstellung bezogen hatten. Freiburg, aufgehetzt durch den Klerus, tat sich mit den andern katholischen Kantonen zusammen und trat schließlich dem Sonderbund bei.

Dieser Entschluß brachte eine heftige Debatte im Großen Rat, welche den Ernst der Situation offenbarte.

Neuerdings erregten sich die Gemüter der Bezirke am See, an der Broye und im Greyerzerland.

In der Nacht vom 6. auf den 7. Januar 1847 marschierten bewaffnete Radikale nach Freiburg. Die Regierungstruppen zerstreuten sie. Gegen mehr als 200 Angeschuldigte setzte ein Hochverratsprozeß ein. Das Drama im Sonderbund setzte ein, das belagerte Freiburg kapitulierte, und die Regierung legte noch am selben Abend ihr Amt nieder, nachdem das Rathaus im Sturm von Manifestanten erobert worden war.

Eine provisorische antiklerikale Regierung wurde eingesetzt, welche die Priesterorden und Bruderschaften auswies. Ihrerseits erhoben sie nun Klage auf Hochverrat gegen mehr als 80 Vertreter der gestürzten Regierung.

Unter dem Schutz eidgenössischer Truppen fanden Wahlen statt, welche eine liberale Mehrheit ergaben. Die Radikalen waren unklug genug, den Klerus, einige Gemeinden und Personen mit hohen Kontributionen zu beladen.

So unterstützte 1848 Freiburg die Zentralisationsbewegung in der Schweiz. Die Verfassung wurde vom Großen Rat angenom-

men, aber dem Volk nicht unterbreitet. Die 5 Abgeordneten, welche ins neue schweizerische Parlament — den Nationalrat — gewählt wurden, waren 5 Radikale, denn als Wähler wurden nur diejenigen anerkannt, welche der Bundes- und Kantonsverfassung den Treueid geschworen hatten.

Unter der radikalen Regierung wurden die Schulen reorganisiert, Banken gegründet, Gesetzbücher bekanntgemacht, das Eisenbahnproblem für Freiburg zu einer glücklichen Lösung gebracht, das ganze Wirtschaftsleben entwickelt. Aber gegen die klare und ausgesprochene antiklerikale Politik der Regierung verbanden sich die katholischen Kräfte. Die Kirche stiftete Volksbewegungen an, und man erlebte blutigen Aufruhr unter Carrard und dem Obersten Ferdinand Verrier.

Dank der Einflüsse der katholischen Kirche verloren die Radikalen neuerdings nach und nach an Boden, und zwar derart, daß bei den Wahlen von 1856 die Konservativen wieder völlig Meister im Land wurden. Uebrigens wurden die Radikalen wiederum von den Gemäßigten im Stich gelassen. Das war das Ende der Regeneration.

In Neuenburg: Die Bürger des Fürstentums Neuenburg, das 1815 in den Schweizerbund eingetreten war, nahmen Fühlung mit den bürgerlichen Einrichtungen der andern Kantone und erkannten rasch die Eigenart der Lage Neuenburgs als Kanton und Land, das den König von Preußen als Fürsten an seiner Spitze hatte. Neuenburg hatte weder Zivil- noch Strafgesetzbuch. Das Volk besaß keine Gelegenheit, seine Meinung und Wünsche auszudrücken. Mit der Entwicklung der Industrie und deren überragenden Bedeutung im Wirtschaftsleben wurde diese Lage unerträglich. Die neuen Ideen fanden besondern Boden in den Berggegenden und vor allem im Val de Travers.

Das Erwachen Frankreichs um 1830 schien anfänglich kein Echo in diesem Land zu finden. Aber Ende Dezember sah man plötzlich Freiheitsbäume aufgepflanzt und Volksansammlungen. Während die Liberalen der Berggegenden und die Einwohner Valangins diese Bewegung begünstigten, versuchten diejenigen von Neuenburg sie zu dämpfen. Aber schon antworteten den drei reaktionären Zeitungen drei Zeitungen der liberalen Richtung.

Das erste taktische Entgegenkommen gestattete die Schaffung einer gesetzgebenden Behörde, aber das dem König zustehende Recht der Wahl von 10 Abgeordneten lähmte die Demokraten. Diese versuchten, am 12. September 1831 einen Aufstand auszulösen. Bourquin, an der Spitze einiger Hundert, bemächtigt sich des Schlosses. Aber er versteht nicht zu leiten, läßt die Regierung den Widerstand organisieren und war unfähig, eine provisorische Regierung zu ernennen.

Die Tagsatzung sandte zwei Kommissäre, Sprecher von Bern-
eck und Tillier. Eidgenössische Truppen besetzten die Stadt,

die Angelegenheit wurde beigelegt durch ein Uebereinkommen, das am 27. September unterzeichnet wurde, das Vergangene zu vergessen befahl und das Schloß wiederum dem Obersten Forrer übergab, der seinerseits Bourquin versprach, daß das Volk das Recht haben solle, sich frei über seine Selbstständigkeitsbestrebungen auszusprechen.

Dieses Versprechen wurde nicht gehalten. Die Aufregung wächst wieder. Bourquin bittet in Lausanne und Genf um Hilfe und greift im Dezember wieder zu den Waffen. Die Kolonnen überschreiten an manchen Orten die Grenze, aber die Regierungstruppen werfen sie mit Leichtigkeit zurück. Nach der Zerstreuung von Bourquins Getreuen besetzt der preußische Gouverneur, General von Pfuël, La Chaux-de-Fonds, wo man allerdings das Vorgehen Bourquins mißbilligt hatte, wo aber anderseits die republikanischen Ideen am stärksten verankert waren. Die Führer wurden festgenommen, so u. a. der Advokat Bille, der wegen seiner Ehrenhaftigkeit allgemein geachtet war. Er wurde verprügelt, schimpflich beleidigt, verhaftet und endlich zu zwei Jahren Gefängnis und vier Jahren Landesverweisung verurteilt. Die royalistische Gewalt verurteilte sich durch dieses Uebermaß ganz von selber. Im weitem waren im Val de Travers die Doktoren Petitpierre, Roeninger und N. L. Dubois verhaftet worden. Ihr Todesurteil wurde in lebenslängliche Haft umgewandelt. Man hielt sie in der Festung Ehrenbreitstein am Rhein gefangen, wo Petitpierre und Dubois starben.

Von ihren Erfolgen berauscht, hielten die Royalisten den Augenblick für gekommen, um dem König den Vorschlag zu machen, die Bande zwischen dem Fürstentum und der Schweiz zu zerreißen. Unter zwei Malen wurde das Gesuch an der Tagsatzung abgelehnt und Neuenburg die Führung des Titels Fürstentum untersagt. Dank der Erbitterung der Royalisten trat das protestantische Neuenburg darauf in den Bund von Sarnen ein und sandte während geraumer Zeit keine Abgeordneten mehr in die Tagsatzung. Anläßlich des Sonderbundes ließ es sich dazu hinreißen, seine Mitwirkung zu versagen und erhielt dafür eine Buße von 300,000 Pfund.

Durch diese Mißbräuche und Irrtümer der am Ruder befindlichen Partei wurde die Erregung derart, daß die französischen Ereignisse von 1848 ein lebhaftes und unmittelbares Echo fanden. In Paris brach der Aufruhr am 24. Februar los, und 5 Tage später folgte die Revolution in Le Locle und La Chaux-de-Fonds. Dienstag, den 29. Februar wurde die republikanische Flagge auf dem Fleur de Lys in Le Locle gehißt. Sofort folgte die Erhebung im Val de Travers. Am folgenden Tag marschierten 1000 Mann unter dem Kommando von Fritz Courvoisier und Ami Girard von La Chaux-de-Fonds ab, bemächtigten sich des Schlosses, setzten sofort eine provisorische Regierung ein, verhafteten den Staatsrat und riefen die Republik aus. Am 3. März

wurde die neue Lage im Namen des Vororts durch die Bundeskommissäre anerkannt. Die neue Regierung gibt dem Land eine demokratische Verfassung, die am 3. April den in- und außerhalb des Kantons lebenden Bürgern Neuenburgs zur Abstimmung unterbreitet wird. Die Republikaner hatten ein Mehr von 1400 Stimmen auf 10,200 Stimmende.

Trotzdem hatten die Monarchisten noch nicht allen Mut verloren. Sie versuchten am 2. September einen Handstreich. Er mißlang, aber die Neuenburgerfrage wurde Gegenstand diplomatischer Verhandlungen. Da der König von Preußen mit Truppen gedroht hatte, falls die Gefangenen nicht freigegeben würden, fand in Paris eine Besprechung statt. Sie führte am 5. März 1857 zum Vertrag von Paris, der den Schwierigkeiten ein Ende setzte und eine historische Periode abschloß, die mit dem Jahre 1831 begann und mit der Vollendung der Regeneration in diesem Kanton abschloß.

Karl Schnell.

Von Dr. *Hs. Schlunegger*, Huttwil.

Im Juli 1830 stund die schweizerische Tagsatzung ebenso hilf- und ratlos da wie in den letzten Februar- und ersten Märztagen des Jahres 1798. Wiederum war der Geist der Unruhe von Westen gekommen, denn die Franzosen hatten auf unvernünftige königliche Dekrete mit Revolution geantwortet, hatten nach dreitägigem Straßenkampfe eine alte Dynastie gestürzt.

Die Bewegung in Paris blieb nicht ohne Nachwirkung auf unser Land, um so weniger, als nach einer Epoche verhältnismäßiger Freiheit die wieder eingeführte alte Ordnung sich nur äußerlich zu halten vermochte.

Einsichtige Männer in allen Kantonen formulierten die berechtigten Wünsche: Volksherrschaft an Stelle der Geschlechterherrschaft, Preßfreiheit, Aufhebung der Zensur, politische Gleichberechtigung der breiten Schichten mit der Aristokratie. Und das Volk nahm diese Forderungen willig auf, verhalf ihnen gegen bestürzte Regierungen allerorten zu gesetzlicher Geltung.

Das ist die in allen Kantonen übereinstimmende Bewegung, die als Regeneration bezeichnet wird.

Im Verlaufe des Jahres 1830 erschienen in der «Neuen Zürcher Zeitung» und der «Appenzeller Zeitung» heftige Angriffe auf die Berner Regierung. Der Geheime Rat drohte mit Preßprozeß, begnügte sich jedoch mit einem Verbot der «Neuen Zürcher Zeitung» auf seinem Gebiete, wohl deshalb, weil insbesondere Zürich auf Betreiben Usteris eine Unterstützung behördlicher Gewaltmaßnahmen ablehnte.

Die Zeit verstrich untätig. Anträge auf Entgegenkommen